

Annoncen.
Annahme-Bureau.
 In Posen außer in der
 Expedition dieser Zeitung
 (Wilhelmstr. 17)
 bei C. H. Ulrich & Co.
 Breitsstraße 14,
 in Gnesen bei Th. Spindler,
 in Grätz bei L. Streisand,
 in Lübeck bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 596.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 $\frac{1}{2}$ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 26. August.

Inserate 20 Pf. die schriftgesetzte Petition oder deren Raum, Anklagen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 25. August. Der König hat geruht: dem Landgerichts-Direktor Schröder aus Bromberg bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Geheimer Justizrat, und dem praktischen Arzt und Hofarzt Dr. med. Friedrich Wilhelm Hoffmann in Berlin den Charakter als Sanitätsrat zu verleihen.

Politische Uebersicht.

Posen, 26. August.

Es ist bereits gemeldet, daß die Reise des Fürsten Bismarck nach Gaibach, wo allerdings für ihn vor längerer Zeit bereits Wohnung gemietet war, aufgegeben ist. Die Ankunft des Reichskanzlers in Berlin steht unmittelbar bevor, sie wird bis Freitag erwartet. Ob der Fürst längere Zeit in Berlin verweilen, ob er nach Friedericksruh oder Bayreuth begeben wird, darüber ist Verlängigtes nicht bekannt. Man will annehmen, es würden jetzt einige Bestimmungen über die Arbeiten für den Bundesrat und den Landtag erfolgen, auch dürfte wohl die Angelegenheit wegen Neubesetzung des Postens eines Staatssekretärs des Innern im Reiche, wie des preußischen Handelsministeriums erledigt werden. Von einem Anerbieten dieser Stellen an Herrn von Bennigsen, wie dies hier und da verlautet, ist, laut der „Tribüne“, tatsächlich nie die Rede gewesen.

Der Besuch der beiden bairischen Minister bei dem Fürsten Bismarck wird noch immer lebhaft kommentiert. In unterrichteten Kreisen will man nicht zugeben, daß derselbe mit Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Kurie zusammenhänge, man behauptet vielmehr, Fürst Bismarck wolle die Initiative jeder Unterhandlung der Kurie überlassen, und es seien die anderweitigen Nachrichten nur Ausstreuungen seitens der ultramontanen Presse. In amtlichen Kreisen scheint man die Annahme aufrecht erhalten zu wollen, daß es sich bei dem Besuch der Minister v. Luß und v. Graisheim lediglich um einen Akt der Höflichkeit gehandelt habe, eine Angabe, welcher man im Publikum indessen keinen Glauben schenken will.

In einer Betrachtung über die Einwendungen, welche gegen die liberale Partei bewegung gemacht werden, schreibt die „Nat.-Ztg.“ am Schluss: „Es ist wahrlich nicht weise, sondern übel gethan, das deutsche Volk immerfort für unfähig zu reiferem politischen Leben, für unfähig zu parlamentarischer Regierung zu erklären und heraus einen förmlichen Glaubensatz zu machen. Man versetzt damit das deutsche Volk auf die unterste Stufe in Europa. Ist es nicht einleuchtend, daß ein Volk um so höher steht, wenn es auch in sich selbst politische Tüchtigkeit besitzt und ausbildet? Nicht einleuchtend, daß in dem Lande eines solchen Volkes das Gediehen um so mehr verbürgt ist? Die innere Ruhe und Ordnung werden doch unzweifelhaft durch das Mit- und Zusammenwirken aller Bürger am besten gewahrt. Die äußere Sicherheit eines Staates ist gleichfalls vollkommen, wenn sie nicht blos von einer Regierung behütet wird, sondern von dem Gemeinesteit der Nation getragen wird. Ein in der Regierungskunst geübtes Volk geht mit unglaublicher Sicherheit den Wechselsällen der Zukunft entgegen, als eines, das nur einen kleinen Theil der Regierungsaufgaben zu behabeln gelernt hat. Durch die Geschichte aller Völker werden diese Sätze bewiesen. Man sollte daher bei uns auch endlich davon abstehen, das Volk dadurch niederdrucken, daß man ihm einen niedrigen Begriff von seinem Beruf und seinen Fähigkeiten einflößt. Was alle Nationen leisten können, das wird auch den Deutschen nicht vom Schicksal versagt sein, und es handelt sich wahrlich nur darum, nicht daß wir mit unserer Entwicklung die andern überflügeln, sondern daß wir Schritt mit ihnen halten sollen.“

Die Grundlage der Mosleschen Berechnung der deutschen indirekten Einfuhr von Kolonialwaren (979 Millionen Mark gegen 622 direkte Einfuhr) sind vollkommen trügerisch. Um die indirekte Einfuhr als unerträgliches Übel darzustellen, rechnet der Erfinder des „Unterscheidungszolles“ alle von europäischen Plätzen importierten außereuropäischen Produkte dazu und läßt außer Acht, daß ein großer Theil derselben von der Westküste Südamerikas über Liverpool und Southampton direkt nach Hamburg und Bremen geht, daß Cochonille und Indigo über St. Nazaire direkt zu Lande nach Deutschland verladen werden, daß ostindische Produkte durch den Suezkanal über Triest und Marseille direkt an deutsche Empfänger adressiert werden. Ferner berücksichtigt Mosle bei der direkten Einfuhr den Durchgangsverkehr nicht, wohl aber bei der indirekten. Der Unterscheidungszoll würde diese Durchfuhr von den deutschen Häfen und Bahnen nach den Niederlanden, Frankreich, der Schweiz, Italien und Österreich drängen, also der deutschen Geschäftswelt schweren Schaden zufügen. Eine sorgfältige Prüfung der Mosleschen Broschüre ergibt, daß er mit unglaublicher Kritiklosigkeit, um die günstigste Erläuterung seines Verfahrens zu wählen, einen Haufen mißverstandener Zahlen vor dem Leser

ausschüttet. Mosle's eigene Erfahrung müßte ihn belehrt haben, daß ein großer Theil der in europäischen Zwischenhäfen umgeladenen Waren ohne Eigentumsveränderung in den deutschen Häfen geführt wird. Die direkte Einfuhr von Wolle, vom Kap und Natal, soll nach ihm 1879 nur 11,359 Zentner betragen haben, in Wirklichkeit bezogen deutsche Häuser durch einen Hamburger Kaufmann per Segelschiff 4078, per Dampfschiff mit Umladung in London 22,802 Zentner, also 2 $\frac{1}{2}$ mal so viel, im Ganzen mindestens das Fünffache. Der eine Hamburger Kaufmann hat vor 10 Jahren nicht $\frac{1}{10}$ des angegebenen Quantums Kapwolle bezogen, ähnlich ging es ihm mit anderen Artikeln. Somit erscheint die künftliche Erzwingung theurerer und weiterer Wege durch den Unterscheidungszoll nicht einmal im Interesse der direkten Einfuhr nothwendig.

Der orthodoxe „Reichsbote“ ist ob der neulichen Bemerkungen der „Nationallib. Corr.“, daß er die Befestigung der Freizügigkeit wolle, sehr ergrimmt. Bei Leibe, das falle ihm nicht ein. Es solle nur der Konkurrenz vorgebeugt werden, die spekulative Einwanderer — natürlich wird auf Juden exemplifizirt — den erbgesessenen Geschäftsleuten eines Ortes bereiten. Sie werden kurzweg als moderne Raubritter und Freibeuter bezeichnet, die ihre Waren meist aus dem Auslande beziehen, die liberale Presse als Freibeuterpresse. Nun, man ist solche Liebenswürdigkeiten schon gewohnt und der Anstand verbietet es, sie mit gleicher Münze zu erwidern. Und was ist des Pudels Kern? Einige Wanderlager und Wanderauktionen, gegen deren Gleichstellung mit dem einheimischen Gewerbe durch angemessene Steuern sehr viele Liberale nichts einzuwenden hatten. Darum also ein neues Heimathsrecht, ein neuer Pfahlbürgertum! Die weiteren Deklamationen des reaktionären Blattes bewegen sich vollkommen in den Geleisen des Staatssozialismus, dessen extremsten Auswüchsen jetzt durch die Duldung der Herren Körner und Jinn in Berlin eine Stätte bereitet werden soll.

Nach mehreren neueren Mittheilungen soll die Entscheidung über Aufnahme der 40 cm-Kanone in die deutsche Küstenartillerie bereits erfolgt sein. In dieser allgemeinen Fassung bleibt jedoch die Begründung dieser Nachricht kaum abzusehen. Bei Armirung der deutschen Küstenwerke hat bisher selbst die 30.5 cm.-Kanone noch keine Verwendung gefunden, und für den unmittelbaren Küstenschutz würde dieses Kaliber jenes andere um so viel schwerere vollkommen ausreichend zu ersezzen im Stande sein. Dagegen war nach einer im Februar d. J. erfolgten Veröffentlichung des Krupp'schen Etablissements die Verwendung des 40 cm-Geschützes vorzugsweise für die von demselben in Konstruktion genommenen neuen Pivotkanonen-Boote und als Küstenpivot-Kanone ins Auge gefaßt. Auch die neuen Panzerkanonen-Batterien sollten nach demselben Ausweis mit derartigen Monstrekalibern armirt werden. Handelt es sich bei der vorerwähnten Nachricht aber in Betreff der Verwendung der 40 cm-Kanone um die jetzt angeführten beiden Zwecke, so würde dies bedeuten, daß wir in ein völlig neues Küstenbefestigungssystem eintreten sollen. Auch ist früher hier schon hervorgehoben worden, daß bei den außerordentlichen Vorzügen und Vortheilen, welche dieses neue System für sich in Anspruch nimmt, mindestens eine Versuchnahme desselben bei den fernerhin in Ausführung genommenen Küstenbefestigungsanlagen schlechterdings kaum ausbleiben kann. Wahrscheinlich muß denn auch die obige Mittheilung in diesem Sinne gedeutet werden, und ist dem Ergebniß einer derartigen Versuchnahme gewiß mit hohem Interesse entgegenzusehen.

Das Journal „Die vereinigten Staaten von Europa“ veröffentlicht ein Schreiben des Reichstagsabgeordneten Bühlér an den Präsidenten der internationalen Friedens- und Freiheitsliga, so wie die Antwort des letzteren an Bühlér. Der Erstere giebt dem Gedanken Ausdruck, daß Frankreich, um das Misstrauen der Deutschen zu zerstreuen und den Frieden zu sichern, spontan eine klare Friedensmanifestation ohne Hintergedanken auf Grundlage des uti possidetis machen soll. Der Präsident der Liga erwibert, Frankreich könne in dieser Weise die Eroberung Elsaß-Lothringen nicht ratifizieren. Nebrigens wäre eine solche Manifestation Frankreichs nichtig. Man müsse Elsaß-Lothringen selbst fragen, ob es deutsch oder französisch oder selbständig sein wolle. Frankreich und Deutschland sollten alsdann die Entscheidung annehmen. Der Präsident der Liga rät Bühlér, dies dem Fürsten Bismarck anzurathen. — Weiter hat der Herr Präsident keine Schmerzen?

Auch im Auslande erregt die Neubildung der liberalen Partei in Deutschland die allgemeinste Aufmerksamkeit. An die berliner Meldung von der beabsichtigten Bildung einer neuen liberalen Verfassungspartei in Deutschland knüpft die „Wall Mall Gazette“ folgende charakteristischen Betrachtungen: „Die Gleichgültigkeit der Engländer gegen die innere Politik Deutschlands ist in nicht geringem Maße durch

die Schwäche der parlamentarischen Diskussion in jenem Lande gerechtfertigt. Seit des Kanzlers Rückkehr zum strikten Conservatismus und der vollständigen Desorganisation der Parteien, welche dieser Frontwechsel hervorgerufen, ist den reaktionären Maßregeln der Regierung nur eine überaus schwankende und kraftlose Opposition entgegengestellt worden. Auch dürfte zweifellos, so lange Fürst Bismarck lebt, keine noch so wohl organisierte Opposition im Stande sein, das deutsche Volk zu bewegen, eine ernsthafte Abweichung von dessen Wünschen zu billigen. Es ist dies besonders in Bezug auf die auswärtige Politik der Fall. Es herrscht ein allgemeines und begründetes Gefühl, daß andere Nationen auf den Fürsten Bismarck allein zu blicken haben, um sich über die Aktion aufzuklären, für welche Deutschland außerhalb seiner Grenzen entscheiden wird. Allein die Bildung einer echten liberalen Partei, auch wenn sie keine sofortige Wichtigkeit außerhalb Deutschlands besitzt, muß mit der Zeit einen wichtigen Einfluß sowohl auf die Haltung Deutschlands im Auslande, als auf ihre Lage im Innern haben. Es steht zu befürchten, daß nach dem Tode des Fürsten die Regierung Deutschlands gänzlich in die Hände minder fähiger und fluger Conservativen fällt. In ihrer augenblicklichen Verfassung wären die Liberalen nicht im Stande, dem unvernünftigen Mißbrauch der großen Vollmachten der Krone eine erfolgreiche Opposition zu machen. Haben sie aber einmal gelernt, zusammenzuhalten und fest auf ihren Prinzipien zu beharren, so müssen sie selbst als Minorität einen wichtigen Einfluß auf die deutsche Politik ausüben und können sich der Hoffnung hingeben, allmäßig die Fähigkeit zu erwerben, die Sitzel der Regierung zu übernehmen. Wenn jene Zeit gekommen, wird das Ausland die Wichtigkeit einer Bewegung anerkennen, die es in ihrer Kindheit nicht verstanden hat. Man darf nicht vergessen, daß eins der ersten Prinzipien der neuen liberalen Partei der Freihandel sein wird, den Fürst Bismarck verleugnet hat.“

Die Antwort, welche die „Republ. française“, das Organ Gambetta's, auf die Ausführungen der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ zu dem Cherusker Toast ertheilt, beweist, daß unsere Annahme, die über die Vogesen gesandten Pfeile würden ihr Ziel nicht verfehlt, wohl berechtigt war. Gambetta weiß viel Vernünftiges nicht zu erwidern, darum müssen Redensarten den Mangel des Inhalts verdecken. Der Artikel der „Rep. fr.“ lautet:

Nachdem die „Nordd. Allg. Ztg.“ zwei Wochen hindurch nachgedacht hat, ergreift sie heute das Wort, um uns das Resultat dieses Nachdenkens zu geben, und das Ergebnis besteht darin, daß Gambetta in der That in Cherbourg eine kriegerische Rede gehalten hat. Das berliner Journal ist sicherlich nicht dadurch, daß es die Rede wiederholt durchlas, zu seiner Überzeugung gelangt; man muß jedoch zu seiner Entschuldigung gestehen, daß sich eine gewisse Anzahl französischer Blätter gefunden hat, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihr Thema vorbereitet. Das deutsche Blatt unternimmt eine historische Dissertation, um die Rechte Deutschlands auf das Elsaß zu begründen; dies könnte als eine Aufforderung gelten, auf welche einzugehen wir unsererseits bestreit leisten wollen. Wir ziehen vor, von Demjenigen Amt zu nehmen, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hinsichtlich der heutigen friedlichen Bestrebungen Deutschlands und seiner Abneigung gegen den Krieg bemerkt. Wir freuen uns über diese Versicherung, die, wie wir annehmen zu dürfen Grund haben, den gegenwärtigen Gefühlen des deutschen Volkes, sowie der Politik seiner Regierung entspricht. Es ist uns aber nicht möglich, ohne mit aller Energie dagegen Widerspruch zu erheben, folgenden Satz der deutschen Blätter durchgeben zu lassen: „Nur muß die friedliebende Mehrheit bei der Nation wissen, wer es ist, der den Frieden heute bedroht.“ Um auf diese Anschuldigung zu antworten, brauchten wir nicht allzuweit in den berliner Journals zurückzuschlagen; wir lassen jedoch die Zeitungsartikel bei Seite, welche Inspiration man denselben auch zufügten dürfte. Wir wollen nur bemerken, daß keine in öffentlicher Stellung befindliche Persönlichkeit in Frankreich seit der Ausführung des Frankfurter Vertrages eine Neuierung gethan hat, welche den entflammten und autoritären Worten gleichfährte, von denen die Tribune des deutschen Reichstages gegen die „Nation jenseits der Vogesen“ jedesmal widerhallte, wenn es sich darum handelte, eine Er schwärmung der Militärlasten zu erlangen. Wir haben diese zum Mindesten schroffe Ausdrucksweise nicht zum Vorwande genommen, um über die Störung unseres Friedens Klage zu führen, höchstens hätten wir, falls es dessen bedurfte hätte, darin eine Ermutigung erblickt, die Anstrengungen zu verdoppeln, damit nach dem Ausdrucke der Rede von Cherbourg was von Frankreich übrig ist, uns unversehrt erhalten bleibe. Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ weist denn auch einen Schlüß auf, welcher über Empfindlichkeiten, die beim ersten Anblick so wenig eindrücklich erscheinen, einiges Licht verbreiten kann. Es handelt sich darum, dem deutschen Volke die Notwendigkeit der furchtbaren Rüstungen, deren Last es erträgt, zu erweisen; deshalb bemüht sich die Zeitung, bei uns eine angebliche „Kriegspartei“ zu entdecken. Wenn das gewählte Mittel die Kritik bedeutend herausfordert, so gehört der angestrebte Zweck nicht zu denjenigen, besüglicher denen wir befugt sind, Einwendungen ausfindig zu machen.“

Lebriengens mehren sich in der Umgebung Gambetta's die Stimmen, welche nach Revanche rufen. Neuerdings hat Paul Bert, der Freund Gambetta's, eine Rede gehalten, die vielleicht noch chauvinistischer angehaucht war, als der Toast in Cherbourg.

Das „Univers“ meldet aus Bourges: „22. August,

Abends 8 Uhr. Die Wallfahrt des Heils wurde bereits von beinahe 50 Heilungen begünstigt. Gelähmte gehen, Wunden schließen sich, Blinde öffnen die Augen, schreckliche Geschwüre verschwinden, ein Taubstummer spricht, Kranke, die seit Monaten nur Milch zu sich nahmen, essen und gehen, unheilbare Schwindsüchtige erklären sich für vollständig geheilt. Nichts kann die Erregung beschreiben, welche die unzähligen Wunder hervorgerufen haben, deren Zeuge wir sind und die, Gott sei Dank, selbst mehrere derjenigen bekehrten, welche an nichts glauben wollten. — Lourdes, 23. August, 11½ Uhr Morgens. Die Leiter der Wallfahrt haben 83 Heilungen verzeichnet. Es gibt deren viele, die erst in Paris glaubwürdig festgestellt werden können. Letztes Jahr fanden 107 Heilungen statt, dieses Jahr wird die Zahl derselben doppelt so viel betragen. Eine Person, die von Geburt an taubstumm war, und viele, die offene Wunden hatten, wurden so eben geheilt. Ruhm der heiligen Jungfrau von Lourdes! Lourdes-Dietrichswalde, Dietrichswalde-Lourdes: Zwei schöne Genden!

Der Papst deutet in seiner jüngsten Ansprache an, daß er nächstens auch den Franzosen den Kopf zurechtschneiden werde. Das Organ des Ministers des Auswärtigen, der „Temps“, findet sich veranlaßt, dem Papste entschlossen entgegenzutreten und ihn vor den Folgen zu warnen, wenn er die Politik der Mäßigung und Versöhnlichkeit, die er in den ersten Tagen seines Pontifikats bekannt habe, verlasse; der Papst bekenne jetzt, daß er keinen Augenblick aufgehört habe, der Haltung der belgischen Geistlichkeit seine Zustimmung zu ertheilen; diese Haltung sei aber eine wirkliche Rebellion gegen die Autorität des Staates und gegen die Landesgesetze; der Papst erkenne sogar den Bischof das Recht zu, Widerstand gegen die Gesetze „durch alle möglichen Mittel“ zu organisieren. Das seinen Lehren, die sich keine moderne Regierung gefallen lassen könne, weder als Theorie noch in der Praxis; die bürgerliche Regierung könne nicht dulden, daß die geistliche sich an ihre Stelle setze, und es sei sehr unvorsichtig vom Papste, daß er mit solchen Lehren wieder hervortrete. Uebrigens findet der „Temps“ es beachtenswerth, daß Leo XIII. seine Blitze gegen Frankreich noch vertagt habe; es sei dies jedenfalls zu loben und soll ihm bei fernerer kluger Zurückhaltung gut angerechnet werden. Diese Anspielung auf die Bosheit Leos XIII. der französischen Republik gegenüber wird mit Verhandlungen in Verbindung gesetzt, die jetzt zwischen dem biederem Freycinet und dem schlauen Poleen Czacki stattfinden: Freycinet soll sich erbötzig zeigen, die nicht erlaubten Ordensgemeinschaften, obgleich sie nicht um Erlaubnis eingekommen, nicht weiter zu behelligen, wenn der Papst „unbedingt“ die Jesuiten preisgeben wolle; die Regierung verpreche ein Vereinsgesetz, durch das diese Kongregationen geschützt würden, und sie mache sich anheischig, für dasselbe die Kammern zu gewinnen. Es wird hinzugefügt, daß ein Theil des hohen französischen Episkopats bereits für diesen Kompromiß gewonnen sei. Dass ein neues Vereinsgesetz von Freycinet als Ariadnesfaden aus dem Labyrinth des Kulturmangels betrachtet wird, ist Thatsache; daß aber die „République“ bereits gegen die Kürzichtigkeit Freycinets in dieser Sache Protest erhoben, gleichfalls; wir sind überzeugt, daß der Senat einem solchen Gesetze zustimmen würde, bezweifeln jedoch, daß auch die Mehrheit der Deputirtenkammer zu einem so thörichten, weil nur den Übermut der Kurie und des Episkopats noch steigernden Schritte Amen sagen würde. Dies ist indeß kein Gründ, zu bezweifeln, daß Freycinet sich wirklich schmeichelte, die Kurie überlistete und den Frieden mit dem Episkopat am Grabe des Jesuitenordens schließen zu können. Das „Siècle“ schreibt: „Pius IX. sagte: Wir können nicht! Non possumus! Leo XIII. fügt hinzu: Wir wollen nicht! Non volumus! Der Streit ist also beendigt, und der bürgerliche Staat muß lernen, sich ohne Kirche zu behelfen, wenn diese ihm nicht gestatten will, sich nach seinen Bedürfnissen zu entwickeln und zu leben.“

Der internationale Kongress für Unterrichtswesen in Brüssel hat Montag seine Abteilung eröffnet. Die erste Abteilung hielt ihre erste allgemeine Berathung über die Fragen: Welchen Zweck soll der Gesetzgeber bei Ausarbeitung des Lehrplanes für die Elementarschulen verfolgen? Ist der Zweck Aneignung bestimmter Kenntnisse oder Ausbildung der physischen, intellektuellen und moralischen Eigenarten? Was soll in der Elementarschule geschehen für die politische Erziehung des Volkes? Als Frankolin sprach, wurde ihm bei einer Stelle großer Beifall gezollt, der einer Erklärung bedarf. Gestern hatte Nunez aus Chile in spanischer Sprache auf die Erfahrungsfähigkeit der südamerikanischen Republiken hingewiesen und Belgien glücklich geschäkt, daß es keine Republik sei. Heute rief nun Frankolin, der als Franzose jene Anerkennung auf sein Vaterland bezogen haben mag, mit lebhafter Stimme: „Wir, die wir, Gott sei Dank, das Glück haben, in einer Republik zu leben!“ Hier folgte der große Beifall; der Redner aber beeilte sich hinzuzufügen: „was uns nicht hindert, denjenigen Ländern Ehre zu erweisen, die unter anderen Regierungsformen liberale Staats-einrichtungen genießen, mitunter sogar liberalere, als sie gewisse sogenannte Republiken haben.“ Die Versammlung verstand diesen Hieb auf die südamerikanischen „Freistaaten“ und brach abermals in Beifall aus.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 25. August.

— Ueber die Reise unseres Kronprinzen nach Oberammergau und seinen Aufenthalt derselbst gehen der „Nat.-Ztg.“ die folgenden Mittheilungen zu:

Die Kunde, daß der Thronerbe des deutschen Reiches Murnau passiren würde, hatte freudige Aufregung hervorgerufen, und während man sonst selten andere, als geschäftlich Interessirte bei Ankunft der Passionszüge auf dem Bahnhofe sieht, so waren am 21. die Böschungen der zum Bahnhofe führenden Geländedurchschnitte sowie Bahnhofplatz und Perron dicht besetzt von einer festlich gekleideten Menschen-

Menge. Strengstes Inkognito war avisiert, und so hatten auch die am Platze erschienenen „Spitzen“, Geistlichen und sonstigen Honoratioren jeglichen Amtsschmuck dabei gelassen. Wenige Minuten nach 4 Uhr fuhr der Zug ein, und aus dem dem Galazimmer des Stationsgebäudes gegenüber haltenden Salonwagen stieg der Kronprinz und mit ihm seine Tochter, die Erbprinzessin von Meiningen, beide ehrerbietig von den Anwesenden begrüßt. Von dem die Honneurs machenden Stationsvorsteher, Exeditor Weissenberger, wurden die hohen Gäste durch das Galazimmer hindurch nach dem bereit stehenden Wagen geleitet. Vor der Abfahrt überreichten zwei junge Damen dem Kronprinzen und seiner Tochter je ein Rosensträußchen, welche Gaben mit herzlichem Danke entgegengenommen wurden. Während das Gefolge nach Ordnung der Gepäckfrage erst einige Minuten später nachfolgte, fuhr der kronprinliche Wagen sogleich ab, begleitet von den stürmischen Hochrufen der versammelten Menge. Der Kronprinz, in grauen Zivilanzug gekleidet, sah sehr vergnügt aus; jedenfalls merkte man weder ihm noch seiner Tochter die Ermüdung der weiten, zum Theil bei drückender Hitze zurückgelegten Reise von Schleien her an. In Oberammergau hatten sich bereits um 6 Uhr um das Absteigequartier des Kronprinzen, dem Hause des Bürgermeisters Lang, zahlreiche Besucher des Passionsspiels angesammelt, die sich von Minute zu Minute vermehrten. Die Ankunft der hohen Gäste erfuhr indessen eine längere Verzögerung, da die Herrschaften vorher dem Grafen v. Pappenheim auf dessen Besitzung zu Etal einen Besuch von längerer Dauer abstatteten. Nichtsdestoweniger harzte die Bevölkerung und, natürlich auf einem reservirten Platze eine große Anzahl Engländer, aus und jubelten den Ankommenden mit immer wieder sich erneuernden Hochrufen zu. Zu gleicher Zeit hallten Böllerkschüsse durch die Berge. Weitere Ovationen unterblieben auf Wunsch des Kronprinzen, der den ersten Stock in dem Hause des viel genannten Darstellers des Kaihs bewohnte. Das Gefolge war theilweise in der Nachbarschaft untergebracht worden. Der Großherzog von Sachsen-Weimar hat bei Herrn Oberförster Binder Absteigequartier genommen. Bei dem Punkt 8 Uhr erfolgten Erscheinen der Herrschaften in der Mittelloge des gedeckten Theiles des Theaters erhob sich das gesammte Publikum, um durch fechtmaligen Hochruf die Freude über den Besuch zu bekunden. Während der Pause, nach Beendigung der I. Abtheilung, nahmen die fürstlichen Gäste im Hause des Bürgermeisters Lang-Kaihs aus der Küche desselben das Mittagsmahl ein und wohnten dann dem II. und III. Theile wieder vom Anfang bis zum Schlusse — 5½ Uhr bei. Die Herrschaften sprachen sich dem Bürgermeister gegenüber über die Darstellung im Ganzen wie im Einzelnen in den schmeichelhaftesten Ausdrücken aus. Der Kronprinz überreichte dem Bürgermeister, welchem er ebenfalls seine volle Anerkennung über die ihm gewordene auferkommene Bewirthung kundgab, sein Bildnis in Kabinettformat, nachdem er vorher unter dasselbe seine Namensunterschrift gesetzt hatte. Auch mit Herrn Steiner, welcher den Christus darstellt, unterhielt sich der Kronprinz längere Zeit, ihm sehr schmeichelhaftes Lob aussprechend. Um halb 6 Uhr fuhr Se. königl. Hoheit unter lebhaften Hochrufen wieder mittels Lohnfuhrwerks nach Murnau ab, woselbst die hohen Gäste um 7½ Uhr anlangten. Im Galazimmer des Stationsgebäudes war vom „Postbüro“ aus ein vorzügliches Mahl, kalte Küche, bereitet, das sichtlich mundete. Der Kronprinz beschied Herrn Kottmüller, welcher im Verein mit seiner Tochter die Honneurs gemacht hatte, und unterhielt sich längere Zeit mit ihm, die Erinnerungen an die Reichstagssitzung anknüpfend. Als der Kronprinz um 9 Uhr 10 Min. den Zug bestieg, stimmte eine kleine, meist aus Bauern des nahegelegenen Dorfes Seebauern bestehende Musikkapelle die „Wacht am Rhein“ an, und als Se. k. k. Hoheit über diese improvisierte Ovation sichtlich sehr erfreut an das offene Fenster seines Salonwagens trat, wurde er von den zahlreichen Anwesenden mit brausenden Hochrufen begrüßt, worauf der Zug sich in Bewegung setzte, indem der Kronprinz in leutseliger Weise die immer wieder in Hochrufe ausbrechende Menschenmenge grüßte. An der Station Pfingst vor München war die vorige Feuerwehr mit Flambeaux aufgestellt; dieselbe gab dem Kronprinzen das Geleite von dem Münchener zum Augsburger Bahnhofe. Unter allseitigen Hochrufen fuhr Se. kaiserliche Hoheit sodann nach Augsburg und Ulm weiter.

— [Aus Anlaß der soeben erfolgten Eröffnung der Jagd] haben die Regierungsbehörden folgende Bestimmung in Erinnerung gebracht: „Jagdberechtigte, welche bei der Ausübung der Jagd nach erfolgter Eröffnung derselben ohne Erlaubnis des Eigentümers die noch in der Reihe befindlichen nicht eingezetteten Hahn- oder Delfrüchte beschädigen, verfallen, insofern nicht der Thatbestand einer vorsätzlichen oder rechtswidrigen Vermögensbeschädigung vorliegt, ist eine Geldstrafe bis zu 6 Mark.“ — Der Fang von Krammetsvögeln darf als Ausübung des Jagdrechts nur von Personen ausgeführt werden, welche mit Jagdscheinen versehen und zur Ausübung des Jagdrechts befugt sind.

— [Die Kaiserliche Post] berechnet jetzt für Beförderung von Passagiergepäck bis zu 35 Km. Entfernung für jede angefangene 5 Kilo über 15 Kilo eine Überfracht von 25 Pfennigen. Dieser Frachtsatz, der die Selbstkosten um ein Bedeutendes übersteigt, wird von dem Handelsstande, dessen Vertreter oft zahlreiche Colli mit Mustern mit sich führen, als eine indirekte Steuer von nicht unbedeutender Höhe empfunden. Seitens einer westfälischen Handelskammer ist unter Hinweis auf den Mißstand, daß in Folge dieses Frachtfazies dem Publikum in den von den Eisenbahnen entfernten Orten eine weniger gute Auswahl von Mustern geboten wird, das Gesuch eingereicht, wenigstens bei solchen Posten, die lediglich als Verbindungen der Bahnstationen mit nahe gelegenen Orten dienen, eine ermäßigte Taxe für Passagiertarif einzuführen.

[Die Trierer Handelskammer über die Gerichtskosten.] Von allen Seiten laufen Klagen über die exorbitante Höhe der jetzigen Rechtsanwaltsgebühren und der Gerichtskosten ein. Die Handelskammer in Trier, welche die Höhe dieser Kosten gleichfalls beklagt, hat eine Zusammenstellung der heutigen Gerichts- und Rechtsanwalts-Gebühren in ihrem Jahresbericht für 1879 veranlaßt, um einen Überblick der Kosten zu geben, die wir reproduzieren: Es betragen:

I. Feste der drei vollen Gerichtsgebühren	II. Die Gebühren jedes Rechtsanwalts		
	Bei Mark	1 — 20 Mark	1 — Mark 2
20 —	60	2,40	3
60 —	120	4	4
120 —	200	7,50	7
200 —	300	11	11,10
300 —	450	15	14
450 —	650	20	19
650 —	900	26	24
900 —	1200	32	28
1200 —	1600	38	32
1600 —	2100	44	36
2100 —	2700	50	40
2700 —	3400	56	44
3400 —	4300	62	48
4300 —	5400	68	52
5400 —	6700	74	56
6700 —	8200	81	60
8200 —	10000	90	64

Die ferneren Werthklassen steigen um je 2000 Mark, jede der drei Gerichtsgebühren um 10 Mark, die Rechtsanwaltsgebühren aber bis zum Streitwerthe von 50,000 Mark um je 4 Mark, dann bis 100,000 Mark um je 3 Mark, darüber hinaus um 2 Mark. Auch die Rechtsanwaltsgebühr ist dreifach: Prozeßgebühr, Verhandlungsgebühr, Vergleichsgebühr. Die Gerichtsgebühren sind in der Berufungsinstanz um ein Viertel, in der Revisionsinstanz um die Hälfte höher. Die Gebühren der bei dem Reichsgerichte zugelassenen Anwälte erhöhen sich in der Revisionsinstanz um 2/10. Es treten den Pauschalbeträgen event. hinzu: 1) die Zustellungsgebühren mit 80 Pf. für jede Zustellung und 5 Pf. für jede dazu nötige Beglaubigung, 2) die Schreibgebühren von mindestens 10 Pf. für jede Seite, 3) Post- und Telegraphengebühren, Kosten öffentlicher Bekanntmachungen, 4) Kosten auswärtiger Gerichte und fremder Behörden, 5) Gebühren der Zeugen mit 10 Pf. bis 1 Mark, der Sachverständigen bis 2 Mark für die Stunde außer Reisekosten und Gehrgeld. Für jede Abfertigung erhält der Gerichtsvollzieher 2—6 Mark, für Versteigerung Prozente des Erlöses, gerichtliche Handlungen bei Zwangsvollstreckung kosten 2/10 der vollen Gebühr.

Kassel, 22. August. [Ausschuß des deutschen Journalistentages] Im „Grand Hotel Schombard“ zu Wilhelmshöhe tagte der Ausschuß des deutschen Journalistentages (acht Vertreter der Presse aus Berlin, Wien, Frankfurt a. M., Breslau etc.), welcher von dem Veteranen der deutschen Journalistik, Herrn S. Hahndorf, auf das Wämste begrüßt wurde. Verhandlungen und Beschlüsse entziehen sich vorerst der Offenlichkeit; die letzteren werden jedenfalls noch vom Vororte Frankfurt a. M. aus den Blättern übermittelt werden. Bemerkt sei nur, daß bezüglich des diesjährigen Journalistentages vereinbart worden ist, denselben ganz ausfallen zu lassen. Weiter wurde beschlossen, den nächsten Journalistentag am 5. Juni i. J. in Frankfurt a. M. abzuhalten.

Der XXI. Vereinstag des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- u. Wirtschafts-Genossenschaften.

IV.

Altona, 24. August.

In dem ersten Theile der heutigen Hauptversammlung des Genossenschaftstages beschäftigte man sich mit einem, für die künftige Gesetzgebung sehr wichtigen Antrage des Anwaltes Dr. Schulze-Delitsch. Die großartige Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens von den kleinsten Anfängen an ist nach der Meinung der Leiter der Bewegung wesentlich dem Umstände zuzuschreiben, daß Schulze-Delitsch von vornherein für seine Vereine, deren Hauptstamm bis heute bestimmte Klassen der Bevölkerung (Handwerker und andere kleine Gewerbetreibende, Landwirthe und Arbeiter) sind, die unbeschränkte Solidarhaft der Mitglieder als absolute Notwendigkeit, als Grundstein der ganzen Bewegung hingestellt und daran festgehalten hat. Durch das deutsche Genossenschaftsgesetz, wesentlich nach den Vorstellungen Schulze's und seiner Freunde zu Stande gekommen, ist die Solidarhaft zwar in eine Solidarburgschaft abgemindert, aber als obligatorisch für das ganze Reich erklärt, und sind dadurch die geistigeren Versuche der bairischen und sächsischen Regierung, welche Genossenschaften mit beschränkter Kapitalhaft aufzuliegen, bestiegt. Da größer die Zahl, der Umfang und der Geschäftsumsatz der Genossenschaften wurde, und je öfter später vollends in der Zeit des Schwindels bei verfrachten Genossenschaften sich ruinöse Wirkungen der Solidarhaft zeigten, desto lebhafter wurde diese als Kreditbasis der Genossenschaften befämpft. Die allgemeinen Vereinstage haben mehrfach sich für die unbeschränkte Solidarhaft gegen die Stimmen von juristischen Techniken ausgesprochen; noch in Stuttgart 1879 wurde durch eine mit allen gegen acht Stimmen angenommene Resolution in Bestätigung früherer einstimmig gefasster Beschlüsse dieser Standpunkt festgehalten. Es erregte daher eine gewisse Verwunderung, daß Dr. Schulze durch einen Antrag den Gegnern eine Koncession anzubieten schien.

Mein Antrag lautet:

Der Allgemeine Vereinstag beschließt:

1. In Übereinstimmung mit dem bereits in Danzig 1876 und Stuttgart 1879 gefassten Beschlüsse, hält der Allgemeine Vereinstag an der dem rechtlichen Charakter und den wirtschaftlichen Aufgaben der Genossenschaften vorzugsweise entsprechenden unbeschränkten persönlichen und solidaren Haftbarkeit der Genossenschaften für die von den Genossenschaften eingegangenen Verbindlichkeiten nach dem Genossenschaftsgesetz vom 4. Juli 1868 fest, indem das deutsche Genossenschaftsgesetz nur auf Grund der dadurch gewonnenen Kreditbasis auf den Standpunkt gelangt, welchen es gegenwärtig einnimmt.
2. Ist daher bei Revision des Genossenschaftsgesetzes unbedingt hervor auszugeben, so erscheint als die äußerste Konzeßion, welche unter Umständen dabei etwas noch in Frage zu ziehen sein dürfte: ob neben diesen nach wie vor auf der unbeschränkten Solidarhaft beruhenden Genossenschaften noch eine zweite Klasse ebenfalls mit solidarer persönlicher, aber durch eine bestimmte Summe für jeden einzelnen Genossen begrenzter Haft zugelassen werden könnte?
3. Dagegen ist der Zulassung der bloßen Kapitalhaft dabei, wie sie mittels der Beschränkung der Haft auf die Geschäftsanteile die Genossenschaften in den Bereich der Aktiengesellschaften überführen würde, auf das Entchiedenste mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Die Konzeßion im zweiten Satz geht freilich nur dahin, über die Frage einer zweiten Art Genossenschaft mit persönlich solidarer, aber in der Höhe beschränkter Haft eine Diskussion zu zulassen. Die Motivirung des Anwaltes ergab nun, daß nach der ihm gewordenen Mittheilung man im Reichsjustizamt, nachdem die Entwürfe zur Reform des Aktiengesetzes beendet sind, im nächsten Januar an die vor Jahren schon durch Dr. Schulze im Reichstag angeregte Reform des Genossenschaftsgesetzes gehen werde. Es sei wohl ziemlich gewiß, daß man an einflussreicher Stelle nicht daran denke, die Solidarhaft der Genossenschaften anzuhalten; Genossenschaften mit reiner Kapitalhaft könnten nur unter Verleugnung des genossenschaftlichen Prinzips hergestellt werden, sie gehörten in einen Nachtrag zum Aktiengesetz. Dahingegen schiene man geneigt, neben den bisherigen Genossenschaften mit unbeschränkter Solidarhaft solche mit beschränkter Solidarhaft zuzulassen; Anträge in dieser Beziehung würden sicher nicht ausbleiben, — er als Anwalt habe die Verpflichtung, die Genossenschaften darauf vorzubereiten, daß wichtige Rechte einzutauschen vielleicht nur gegen Konzeßionen möglich sei.

Die Diskussion ergab, daß der erste und der letzte Theil der Resolution allgemein gebilligt wurde, daß dagegen, abgesehen von einzelnen Vertretern sächsischer Vereine (Fr. Erdmann-Leipzig und Schulze-Frankenberg), die von der vollständigen Banal erzählten, welche im Königreich Sachsen in Folge der Fälle zu Rokem und Marienberg gegen die unbeschränkte Solidarhaft ausgetrieben sei, — die Ansicht, daß man Konzeßionen anzubieten nötig habe, keinen Beifall fand. Es

